

critica

Zeitung von Die Linke.SDS

(Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband)

Ausgabe Nr. 18 / 2017

Verschieden wie Samstag und Sonnabend

**Warum Schulz nicht der #Gottkanzler ist
und Merkel es ‚nicht schaffen‘ wird S.4-5**

Feminismus

Women's March: Wie Frauen
Trump den Marsch blasen. **S.7**

Aufrüstung

Wie sich die EU auf künftige
Kriege vorbereitet. **S.8-9**

Kultur

Drei Buchempfehlungen für den
klassenbewussten Sommer. **S.13**

Liebe Leserin,
lieber Leser,

die critica-Redaktion hat dieses Mal, frei nach den Toten Hosen, versucht „den Wal zurück ins Meer zu schieben“, denn es ist Wa(h)lkampf-Zeit. Im Leitartikel zeigt Alex, warum die LINKE die beste Alternative gegen Rechts und für eine solidarische Gesellschaft ist (S.2). So wichtig das Aufzeigen von Alternativen ist, sollte man dabei nicht die Kritik am Status Quo vergessen. Dieser scheint immer mehr quasi-religiös verklärt zu werden. Klar wird dies mit Blick auf Schein und Sein der vermeintlichen Heilsbringer Merkel und Schulz (S.4/5). In den USA ist der Wahlkampf zwar vorbei, aber dafür war nach der Wahl Trumps mit dem Women's March auf den Straßen einiges los – Zeit sich die Aktivistinnen genauer anzuschauen, findet Kübra (S.7). Protestiert wird diesen Sommer auch in Hamburg. Dort findet das Gipfeltreffen der G20 statt (S. 6). Viele von diesen sind auch für Aufrüstung und Kriege verantwortlich. Wie dies in Europa aussieht, zeigt Anna Lindner (S.8/9)

Nach unserer Redaktionsarbeit beim Feierabendbier fiel auf, dass sich einige von uns kein Bier mehr leisten konnten. Zu erklären, warum dies so ist versuchen Nikolas und Danilo. Wir können verraten: es hat etwas mit zu niedrigem BAföG und Studiengebühren zu tun (S.10/11). Alle, die hofften, dass die finanzielle Lage nach dem Studium besser wird, muss Dorian enttäuschen (S.12). Doch Katja Kipping bringt im Interview die Hoffnung zurück, dass sich durch uns etwas ändert (S.3).

Zum Abschluss haben wir noch mal ein kleines Quiz für euch vorbereitet – wisst ihr wer welchen brauen Senf von sich gegeben hat!?

MACHT MIT!

...und werde critica-Redaktionsmitglied. Alles was du dafür tun musst: Schreib eine Mail an info@critica-online.de. So einfach ist das!

Impressum

critica: Semesterzeitung von Die Linke.SDS Nr.18/2017, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Redaktion: Alexander Hummel, Anna Lindner, Artur Brückmann, Bettina Gutperl, Christian Ott, Constantin Braun, Danilo Streller, Deniz Remberg, Dorian Tigges, Franziska Hildebrandt, Jakob Migenda, Janis Ehling, Julian Nikolaus Rensi, Kübra Çiğ, Mirko Libera, Tabea Hartig.
Layout: Maik Brückner
Druck: Nordost-Druck, Flurstraße 2, 17034 Neubrandenburg
ViSdP: Bettina Gutperl, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Anzeigen und Bestellungen: info@critica-online.de
www.critica-online.de
Cover: Maik Brückner



Eine Partei gegen den Rechtsruck

Eine rechtspopulistische Partei kurz vor dem Einzug in den Bundestag und die grassierende rechte Gewalt zeigen, zur Bundestagswahl müssen wir den Rechtsruck stoppen.

DIE LINKE ist die Partei dafür. Von Alexander Hummel

Bingen, Rheinland-Pfalz im März. Die AfD möchte ihren Landesparteitag abhalten. Etwa 150 Gegendemonstrantinnen haben sich vor dem Kongresszentrum versammelt. Einer von ihnen ist Jonas, Student aus Mainz, der mit ein paar FreundInnen angereist ist, weil die AfD für ihn eine „rassistische und faschistische“ Partei ist. Er kann nicht glauben, dass „eine Partei wie die AfD, derart viel Zuspruch erhält.“ Seine Freundin Mona versucht es mit Humor und hält ein Schild hoch, auf dem steht „Nazis auf den Mond schießen!“ Sie erklärt, dass sie nicht nur wegen der AfD hier ist. Der allgemeine Rechtsruck macht sie wütend: „Plötzlich sind öffentlich rassistische und sexistische Dinge sagbar, von denen ich dachte, dass wir sie erfolgreich im letzten Jahrtausend zurückgelassen hätten.“ Viele, die hier sind, glauben, dass es gerade vor der nächsten Bundestagswahl darauf ankommt, ein Zeichen gegen Rechts zu setzen. Die Gefahr, dass sich mit den Bundestagswahlen der Rechtsruck verfestigt, ist tatsächlich groß: Ein Erfolg der AfD würde eine Etablierung rechtspopulistischer Kräfte, wie es bereits in anderen europäischen Ländern geschehen ist, bedeuten. In den Niederlanden wurde die Partei des Rechtspopulisten Geert Wilders, u.a. mit der Forderung eines Koranverbots, im März zur zweitstärksten Kraft gewählt. Seit über 10 Jahren ist

Rechtspopulismus dort fester Bestandteil der öffentlichen Debatten. Das droht auch in Deutschland.

Rechtspopulistische Gesetze

Auch ohne die AfD im Parlament zeigt sich der Drang nach Rechts schon jetzt in Asylgesetzverschärfungen durch die große Koalition. Egal, ob Durchsuchungen von Handydaten Geflüchteter oder Abschiebungen von Menschen in das kriegsgebeutelte Afghanistan – in den letzten eineinhalb Jahren haben die Regierungsparteien selbst rechtspopulistische Beschlüsse gefasst. Die AfD musste dafür gar nicht im Parlament sitzen. Ihr genügte es, Stimmung und Ängste zu schüren. Die Medien wiesen unablässig auf die „Sorgen der Menschen“ hin und die Parteien der bürgerlichen Mitte beschlossen schließlich die Gesetze, denen die AfD applaudierte. Der Rechtstrend muss auch gestoppt werden, um weitere derartige rechtspopulistische Gesetze aus bürgerlicher Hand zu verhindern. In einem derartig rechtspopulistisch aufgeladenen Klima fühlen sich gewaltbereite Rechte und Rechtsterroristen ermutigt, Anschläge zu verüben. Dabei geht es längst nicht mehr „nur“ um den NSU. Laut Bundeskriminalamt gab es 2015 1031 Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte – der höchste Wert in der

Geschichte der Bundesrepublik und das Fünffache im Vergleich zum Vorjahr.

Die echte Alternative

Doch ohne eine echte Alternative lässt sich der Rechtsruck nicht stoppen. Diejenigen, die die AfD wählen, haben genug von der Großen Koalition, genug von 12 Jahren Merkel. Sie sehnen sich nach Veränderung und fühlen sich von der herrschenden Politik vergessen. In Bingen beim Protest gegen die falsche Alternative spricht auch Tupac Orellana. Der 30-jährige Tupac ist Kreisvorsitzender der LINKEN in Mainz und mit vielen seiner GenossInnen angereist. In seiner Rede betont er, dass die große Gefahr darin besteht, dass AfD-Parteitage Normalität werden. „Es darf nirgendwo Parteitage der AfD ohne Widerstand und Gegenproteste geben“ geben, ruft er von der Bühne Jonas, Mona und den anderen Demonstrierenden zu. Jonas und Mona nicken. In Bingen und anderswo, wo DIE LINKE gegen die Rechte auf die Straße geht, zeigt sich, dass sie die echte Alternative ist. Daran ändern auch einige problematische Aussagen einzelner Parteiprominenter zur Flüchtlingspolitik nichts. Wenngleich diese deutlich zu kritisieren sind, stimmte DIE LINKE im Bundestag bisher stets geschlossen gegen jede



Nicht nur Bürotiere: DIE LINKE führt politische Kämpfe auch auf der Straße.

Rechtsverschärfung. SPD und CDU/CSU können hingegen keine glaubwürdige Kraft gegen den Rechtsruck sein. Sie haben, indem sie mittels rechtspopulistischer Gesetze auf die von der AfD geschürte Stimmung eingegangen sind, diese erst stark gemacht. Ebenso tun die Grünen nichts gegen den Nährboden aus Abstiegs- und Existenzängsten, auf dem die rechtspopulistisch instrumentalisierten Sorgen der BürgerInnen erst entstanden sind.

Neoliberalismus schafft Angst

Diese Ängste sind typisch für den neoliberalen Kapitalismus, den die SPD und die Grünen mit der Agenda 2010 und den Hartz IV-Gesetzen in Deutschland entfesselt haben. Nur DIE LINKE will damit brechen und so die Wurzeln der Unsicherheit beseitigen. Nur sie ist bereit, den Reichen dafür notwendigerweise tief in die Tasche zu greifen. Als in der Hochphase der Flüchtlingskrise der Wohnraum knapp war, forderte DIE LINKE, den Wohnraum, der aus Spekulationsgründen leer stand, zu beschlagnahmen, um dort Geflüchtete unterzubringen. Gleichzeitig forderte sie beharrlich eine Garantie dafür, dass es trotzdem keinen Sozialabbau geben darf. Außerdem begreift DIE LINKE als ein-

zige Partei, dass Antifaschismus gelebte Demokratie bedeutet und möchte antifaschistische Bildungsarbeit stärken. Bereits 2011 forderte sie in ihrem Grundsatzzprogramm „ein Verbot aller Organisationen der extremen Rechten“. Sie will das Asylrecht humanisieren und hat verstanden, dass die Grenzen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten verlaufen. Sie ist die Partei gegen den Rechtsruck.

Es wird jedoch nicht reichen, bei der nächsten Bundestagswahl DIE LINKE zu wählen. Denn Druck gegen den Rechtsruck muss in der gesamten Gesellschaft und nicht nur in den Parlamenten gemacht werden. Ansonsten wird diese Entwicklung nicht umgekehrt werden können. Möglichkeiten dazu gibt es viele - antirassistische Bildungsarbeit, Solidarität mit Geflüchteten, Anti-AfD- und Antinaziproteste oder Kämpfe für bezahlbaren Wohnraum für alle - jeder und jede kann etwas tun. Packen wir es an! ★

Alexander Hummel studiert Soziologie in Heidelberg und ist einfaches Basismitglied der LINKEN. Die Rechte bekämpft er seit Jahren in Wort, Schrift und auf der Straße.



„Wir müssen uns mit den Reichen anlegen“

Katja Kipping über den Berufseinstieg von Studierenden und das veränderte Zusammenleben in Deutschland.

Katja Kipping ist eine der beiden Vorsitzenden der Partei DIE LINKE. Erst kürzlich veröffentlichte sie ihr neues Buch „Wer flüchtet schon freiwillig?“.



Viele Studis machen sich Gedanken über ihre Zukunft und glauben nicht länger an berufliche Sicherheit nach ihrem Studium - zu Recht?

Wir müssen einiges grundlegend ändern, wenn wir nicht wollen, dass unbezahlte Praktika oder Hartz IV für viele nach dem Studium auf der Tagesordnung stehen. Wir müssen auch für andere Arbeitsbedingungen an den Hochschulen streiten, damit das Springen von einer befristeten Stelle zur nächsten nicht jegliche Planbarkeit des eigenen Lebens verunmöglicht.

Was hat sich in den letzten 30 Jahren verändert, dass sich diese Unsicherheit entwickeln konnte?

Spätestens seit der Wende hat die neoliberale Elite ganze Arbeit beim Abbau sozialer Sicherheiten geleistet. Wohnraum und Energie werden laufend privatisiert, Mieten steigen. Statt die Möglichkeiten des technischen Fortschritts und der Digitalisierung für alle nutzbar zu machen, wird Arbeit nur unterschiedlich verteilt: die einen arbeiten zu viel, die anderen gezwungener Maßen wenig oder gar nicht. Technischer Fortschritt muss in Form von Zeitwohlstand allen zugutekommen.

Was kann gegen diese Prekarisierung getan werden?

Ich glaube, dass der Wunsch nach Veränderung gerade unter jungen Menschen immer größer wird. Und gleichzeitig wächst die Erkenntnis, dass man selbst mit anpacken muss. Das zeigen der große Einsatz in der Flüchtlingssolidarität, die steigenden Eintrittszahlen in DIE LINKE und die wachsende Teilnahme an Demos gegen Rechts oder zum Frauen*kampftag. Sich auf der Straße und an den Unis einzumischen ist der wichtigste Schritt. Wir müssen uns mit den Reichen anlegen und Reichtum von oben nach unten umverteilen. Und wir müssen die Arbeit umverteilen - eine Arbeitswoche um die 30 Stunden genügt. Im Leben aller sollte gleich viel Zeit für Erwerbsarbeit, Familienarbeit, gesellschaftliches Engagement und Muße sein.

Du hast den Themen Migration, Flucht und Rassismus ein ganzes Buch gewidmet. Wie haben die vielen Geflüchteten, die nach Deutschland gekommen sind, dieses Land verändert?

Da denkt man natürlich als erstes an brennende Flüchtlingsunterkünfte und den Aufstieg von Pegida und AfD. Man muss aber auch an die Millionen Menschen denken, die sich in der Flüchtlings-solidarität engagiert haben oder noch immer tun. Ich denke, dass sich auch viel Menschlichkeit verbreitet hat, sie ist nur oft noch zu leise. Unsere Aufgabe ist es jetzt für gleiche Rechte für alle zu kämpfen und dafür, dass niemand Angst davor hat, anders zu sein. Dieses Ziel zu erreichen, geht uns alle an.

ANZEIGE

Who cares?

Blätter für deutsche und internationale Politik

4 '17

Europa neu denken
Jürgen Habermas,
Sigmar Gabriel,
Emmanuel Macron

Who cares?
Sorge im Kapitalismus
Nancy Fraser

Kapitalismus und Populismus:
2 Monate für nur 10 Euro!
www.blaetter.de



Angela die Barmherzige

Linksliberale Medien küren Angela Merkel zur Schutzpatronin der Geflüchteten. Dabei ist ihre Politik Kern des Problems, meint **Christian Ott**.

Merkel und Schulz: Hand in Hand auch nach der nächsten Bundestagswahl?

Es gibt wohl kaum eine Spitzenpolitikerin, bei der die öffentlichen Meinungen so stark auseinandergehen wie bei Bundeskanzlerin Angela Merkel. Zwar wurde und wird ihr Umgang mit Geflüchteten von der AfD, aber auch vom rechten CDU-Flügel scharf kritisiert und für rechte Propaganda genutzt, dafür erntet sie links von der CDU immer wieder Lob. Auch viele Menschen, die nicht die Union wählen, meinen, Angela Merkel hätte in dieser Hinsicht alles richtig gemacht. Nicht nur in Deutschland stieg ihre mediale Beliebtheit, auch die internationale Presse feierte sie: „Merkel hat dieses Thema wirklich und erfolgreich zur ihrer Chefsache gemacht“, schrieb beispielsweise die linksliberale österreichische Zeitung Der Standard. Der ebenfalls linksliberale britische Observer lobte: „Angela Merkmals menschliche Haltung zum Thema Einwanderung ist eine Lehre für uns alle.“

Was die Presse nicht sowieso schon abdeckt, erfolgt durch massive Selbstinszenierung. Da werden Selfies mit Geflüchteten gepostet, Phrasen à la „Wir schaffen das“ verkündet und selbst innerparteiliche Konflikte zu ihren Gunsten genutzt.

Was bei all der Euphorie offenbar schnell

vergessen wird: Merkmals Deutschland ist nicht unschuldig, wenn es um die Schaffung von Fluchtursachen geht. So gehören die Türkei und Saudi-Arabien zu den größten Abnehmern deutscher Rüstungsexporte: 4 Milliarden Euro brachten diese der Bundesrepublik für das Jahr 2015 ein.

Deals mit Despoten

Wie „offen“ Deutschland für Schutzsuchende entgegen Merkmals Selbstdarstellung tatsächlich ist, zeigen stark umstrittene Deals mit diktatorischen Regimen. Um Flüchtende auf ihrem Weg in die EU und nach Deutschland abzuwehren, lassen sich EU-FunktionärInnen – mit Deutschland an der Spitze – auch auf ein Abkommen mit Erdoğan ein, welcher nicht erst seit kurzem daran arbeitet, die Türkei in einen autoritären Führerstaat umzubauen, Oppositionelle verhaften lässt und Minderheiten gnadenlos unterdrückt. Deutschlands Anspruch als demokratisches, weltoffenes und tolerantes Land wird bei der Abwehr weiterer Zuwanderung schnell zweitrangig. Jüngst kündigte Merkel an, auch weiter an einer „Kooperation“ mit Libyen und der Türkei zu arbeiten.

Zu Merkmals Land gehören auch in immer größerem Maße Abschiebungen. Ende 2016 wurde ausgerechnet Afghanistan zu einem „sicheren“ Herkunftsland erklärt, um drastische Abschiebeaktionen zu rechtfertigen. Auch nach Serbien und in den Kosovo – beides keineswegs krisenfreie Gebiete – wird erbarmungslos abgeschoben. Kritik aus linken Kreisen und von NGOs wird dabei munter ignoriert; Merkmals „Wir schaffen das“ ist weniger wert denn je.

Wer einmal Bilder aus Geflüchtetenunterkünften gesehen hat, weiß, dass die Situation dort nicht erträglich, geschweige denn menschenwürdig ist. Die Unterkünfte sind Massenlager, Menschen fühlen sich berechtigterweise eingekerkert und aus der Gesellschaft ausgeschlossen – so weit geht die „humanitäre Verantwortung“ Deutschlands also. Anstatt auf staatlich finanzierte Fachkräfte zu setzen, wird die Arbeit in den Unterkünften oft hauptsächlich von Ehrenamtlichen übernommen. Geht es darum, diejenigen, die mit aller Kraft unentgeltlich Hilfsarbeit leisten und den Staat entlasten, zu unterstützen, ist von Deutschlands „Verantwortung“ keine Rede mehr. Wenn die Pflicht des Staates von Privatpersonen geschultert

werden muss, zeigt sich, was „Wir schaffen das“ eigentlich bedeutet:

Ihr schafft das schon.

Die Aufgabe Linker ist es, eben diese Unterschiede zwischen öffentlicher Inszenierung und Tatsachen nicht nur zu erkennen, sondern auch klar zu benennen: Angela Merkel ist nicht die Barmherzige, die Menschen in Not aufnimmt und unterstützt. Hinter eben dieser Not steckt deutsche und europäische Außenpolitik. Werden Waffenexporte und Vereinbarungen mit autoritären Staaten nicht gestoppt, wird es keinen Stopp von Fluchtursachen geben. Allem Presse- und Eigenlob zum Trotz: Eine Kanzlerin, deren Staatsapparat nach Afghanistan abschiebt, kann keine Kanzlerin der Geflüchteten sein. ★

Christian Ott
ist seit Oktober 2016
im SDS Leipzig aktiv.
Er studiert Anglistik
und ekelt sich vor
rechter Sprache.





Bild: Valsts kanceleja/ State Chancellery (CC BY-SA 2.0), Montage: Maik Brückner

St. Martin auf dem Prüfstand

Martin Schulz als Kämpfer für soziale Gerechtigkeit? Wenig glaubwürdig angesichts seiner politischen Geschichte, meint **Constantin Braun**.

Seit der ehemalige Präsident des Europaparlamentes, Martin Schulz, zum Kanzlerkandidaten der SPD auserkoren wurde, ist Bewegung in die politische Debatte gekommen. Die SPD legte in den Umfragen zu Schulz schloss in Sachen Beliebtheit mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf. Viele Menschen in Deutschland haben die Politik Merkels offenbar satt und wünschen sich etwas Anderes. Das ist gut.

#Gottkanzler

Doch Sharepics auf Facebook mit dem Slogan „MakeEuropeGreatAgain“ reichen für eine andere Politik nicht aus – und schon gar nicht um zum St. Martin erklärt zu werden, wie es mittlerweile einige Medien tun. Gerne wird darauf verwiesen, wie Schulz einst einen griechischen Neonazi-Abgeordneten aus dem Plenarsaal des Europaparlaments warf. Das war stark, aber was bedeutet das, wenn auch die FDP gegen plumpe Neonazis ist? Wirft man einen genauen Blick auf die Vergangenheit Martin Schulz' im Europaparlament zeigt sich, dass er weit davon entfernt ist, ein Heiliger zu sein. Im Europaparlament setzte sich Schulz in Vergangenheit vehement für die Kon-

zernschutzabkommen TTIP und CETA ein. Unternehmen bekämen durch die Abkommen mehr Macht. Verbraucher- und Umweltstandards wären bedroht und durch Schiedsgerichte, welche Konzernen die Macht geben, gegen demokratisch beschlossene Gesetze zu klagen, wird die Demokratie ausgehöhlt. Schulz begrüßte ausdrücklich die TTIP-freundliche Positionierung des Europäischen Parlaments im Jahr 2015 und lehnte Verbesserungsvorschläge ab. Im Herbst 2016 war er es, der hinter den Kulissen massiv Druck auf die belgische Regionalregierung der Wallonie ausübte, damit diese ihren Widerstand gegen CETA aufgibt. Im Sommer 2015 ließ die linke griechische Regierung in einem Referendum darüber abstimmen, ob sie die ihr von der sogenannten Troika aufgezwungene Kürzungspolitik fortsetzen soll, die den Griechen niedrigere Löhne und Renten, hohe Jugendarbeitslosigkeit, schwere Rezession und einen Zusammenbruch des Gesundheitssystems gebracht hatte. Schulz kritisierte diese Volksabstimmung scharf. Er stellte unverhohlen erpresserisch klar, dass ein Ende der Kürzungspolitik mit der Mitgliedschaft in der Eurozone nicht vereinbar wäre.

Martin Schulz begrüßte in der Flüchtlingspolitik den Deal der EU mit der Türkei, durch welchen die Türkei als Türsteher der EU darüber entscheidet, welche Flüchtlinge weiter dürfen und welche nicht. Seitdem fliehen wieder mehr Menschen über das Mittelmeer statt über den Landweg und ertrinken dabei. Laut UN starben 2016 circa 5000 Flüchtlinge auf diesem Weg. Schulz sprach sich zudem für ein ähnliches Abkommen mit der ägyptischen Militärdiktatur aus, anstatt Fluchtursachen wie ungerechten Freihandel oder Waffenexporte zu bekämpfen.

Alles bleibt beim Alten

Die politische Vergangenheit des Kanzlerkandidaten spricht also nicht für eine Erneuerung der SPD. Sein Beklagen über die soziale Ungerechtigkeit und Äußerungen dahingehend, das Arbeitslosengeld I zu verlängern oder sachgrundlose Befristung zu bekämpfen sind richtig, aber zu wenig. Ähnliches hatte man schon von früheren SPD-Kanzlerkandidaten gehört. Zur Erinnerung: die SPD hat 15 der letzten 19 Jahre selbst regiert. Die Grundidee der Agenda 2010, Löhne zu senken, Reiche und Unternehmen steuerlich zu entlasten, stellt auch Schulz nicht in Frage. Mit Merkels CDU sind Schulz' Wahlversprechen nicht umzusetzen - sonst hätte die SPD das ja schon getan. Dennoch nannte Schulz Merkel kürzlich die „geschäftsführende Vorsitzende einer sozialdemokratischen Regierung“. Das heißt wohl: im Großen und Ganzen ist mit Angie und in der GroKo alles ok. Das ist verdächtig.

Im Bundestag gibt es bereits jetzt eine rot-grüne Mehrheit. Die SPD und Schulz könnten noch vor den Wahlen beweisen, dass sie soziale Politik nicht nur für den Wahlkampf entdecken. Sachgrundlos befristete Jobs könnten sie morgen abschaffen. Millionen Menschen würden davon profitieren. Doch Schulz und die SPD reden bislang nur – und tun das Gegenteil: im März 2017 wurde im Bundestag darüber abgestimmt, ob der Rüstungs- und Verteidigungsetat um die schwindelerregende Summe von knapp 30 Milliarden Euro pro Jahr erhöht werden soll. Trotz öffentlicher Kritik von Schulz und Gabriel an diesen Plänen stimmte die SPD brav für die massive Erhöhung der Gelder für Bomben, Panzer und Raketen. Das sollte man im Hinterkopf haben, wenn St. Martin, von sozialer Gerechtigkeit redet. Der echte St. Martin zögerte nicht, sondern teilte seinen Mantel sofort mit einem frierenden armen Mann. ★

Constantin Braun
Politikwissenschaftler,
arbeitet für DIE
LINKE im Europäischen
Parlament. Zur SPD im
Wahlkampfmodus fällt
ihm immer wieder dieser
Spruch ein: „If you
fool me once – shame
on you. If you fool me
twice – shame on me“



Linke Politik statt SPD

von Alexander Hummel

Wieder einmal hat die SPD mit großem Brimborium ihren Kanzlerkandidaten gekürt. Doch Wahlkampfreden über soziale Gerechtigkeit und kosmetische Änderungen an der Agenda 2010 ergeben noch keinen Aufbruch. Zentrale Forderungen fehlen im SPD-Wahlkampf. Weder von Vermögens- und Erbschaftsteuer, die soziale Umverteilung ermöglichen könnten, noch von einem Leiharbeitsverbot oder Abschaffung der Hartz IV-Sanktionen ist die Rede.

Das ist nicht überraschend. 1999 legen Gerhard Schröder und Tony Blair, das Schröder-Blair-Papier vor, welches zur Blaupause für die neoliberale SPD-Politik der kommenden Jahre wurde. Von 18 Jahren neoliberaler Parteipolitik, löst sich aber keine Partei mal eben so. Agenda 2010, Hartz IV, Befristungen und Austeritätspolitik bleiben SPD-Markenzeichen. Denn viele der neoliberalen ArchitektInnen von damals sitzen heute noch in der SPD-Führung. Spätestens in der Regierung, wenn die SPD wieder mal „gezwungen“ ist staatstragende Realpolitik zu betreiben, werden Jubeljusos und sonstige Schulz-Fans ein böses Erwachen erleben.

Ändern wird sich an dieser SPD-Politik erst etwas, wenn sie sich nicht länger nur als Vertreter der „hart arbeitenden“ Mitte definiert und sich um die wirklich armen – und oft ebenso hart arbeitenden – Menschen schert.

Darauf sollten wir nicht warten, sondern die SPD für ihr Wahlkampfversprechen soziale Gerechtigkeit in die Pflicht nehmen und aufzeigen wie diese konkret verwirklicht werden kann. So können wir Druck von links erzeugen und soziale Gerechtigkeit erkämpfen. Packen wir's an! ★

ANZEIGE

Internationale Solidarität statt G20

Manche sind schon froh, dass sie sich nicht alle an die Gurgel springen. Warum das Treffen der G20 Frieden und Gerechtigkeit schadet und wie wir selbst die Alternative sein können, erzählen **Franziska Hildebrandt** und **Artur Brückmann**

G20-Gipfel in London 2009: Demonstrierende vor den Mauern der Macht.

Am 7. und 8. Juli 2017 wollen die RegierungsvertreterInnen, LobbyistInnen und ManagerInnen aus den 19 mächtigsten Industrie- und Schwellenländern und der EU beim G20-Gipfel in Hamburg zusammenkommen. „Naja, immerhin reden sie noch miteinander“, ist der letzte Versuch der Legitimierung für diese geplante Zusammenkunft. Zugegeben: Diplomatische Konfliktlösung wäre extrem notwendig, denn die Kriege müssen sofort beendet werden. Aber geht es bei der Group of Twenty und ihrem Gipfel wirklich um Kooperation?

Großes Theater für den Status quo

Als die größten Militärmächte und WaffenproduzentInnen tun die G20 so, als würden sie über Frieden reden. Diejenigen Staaten, deren Konzerne – befeuert durch Freihandelsabkommen – Mensch und Natur in aller Welt ausbeuten und zerstören, geben vor, Armut und Hunger bekämpfen zu wollen. Die größten VerursacherInnen von Treibhausgasen inszenieren sich als Speerspitze gegen den Klimawandel. Sie sind also keineswegs Teil der Lösung – ihre Politik von Krieg, sozialer Ungleichheit und Umweltzerstörung ist das Problem.

Entstanden ist G20 als Abwehrreaktion auf die große Finanzkrise 2008, als klar wurde, dass die behauptete „Selbstregu-

lierung“ des Marktes in die Sackgasse führt. Völkerrechtlich betrachtet sind die G20 eine Gegengründung zu den Vereinten Nationen (UN). Der damalige norwegische Außenminister Jonas Gahr Støre bezeichnete 2010 die Group of Twenty als „selbsternannte Gruppe“ und auf der Ebene internationaler Kooperation als einen „der größten Rückschritte seit dem Zweiten Weltkrieg“.

Denn für internationale, zivile Kooperation hat sich die United Nations Organization formiert. Ihre Gründung basiert auf den Erkenntnissen der beiden Weltkriege und dem intensiven Friedensengagement zu deren Beendigung. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und der UN-Sozialpakt sind Arbeitsgrundlagen der UN und bilden einen, trotz des Kalten Kriegs, weltweit vereinbarten Horizont der Entwicklungsmöglichkeiten: Ein menschenwürdiges Leben für alle mit Zugang zu Bildung, Gesundheit, Kultur in Demokratie und Frieden. Die Durchsetzung dieser Rechte ist unsere gemeinsame Aufgabe als Teil globaler sozialer Bewegung. Die G20 stehen dagegen für eine globale Weltordnung, in der jeden Tag mehrere zehntausend Menschen verhungern müssen, obwohl laut Weltgesundheitsorganisation genug produziert wird, um die doppelte Weltbevölkerung ernähren zu können.

Weil der undemokratische Kriegs- und Ausbeutungsgipfel stark infrage gestellt wird, muss er hermetisch von Polizei und

Militär abgeriegelt werden. Der Plan, den Gipfel zum ersten Mal seit Jahren wieder inmitten einer westlichen Großstadt, in den Hamburger Messehallen, auszurichten, zeigt den Größenwahn und die Legitimationsnot der Regierenden. Mittlerweile hat sich beispielsweise der Hamburger Chef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter geäußert, er und seine KollegInnen könnten es nicht verstehen, „dass nach den schrecklichen Ereignissen von Genua noch einmal eine Großstadt für solch ein Treffen ausgewählt worden ist“. Damals wurde beim G8-Gipfel ein Demonstrant von der Polizei erschossen.

Wir haben etwas Besseres vor!

Eine Mehrheit der Bevölkerung in Hamburg und anderswo stellt sich gegen diesen Irrsinn. Schließlich wären die bisher geplanten Ausgaben von mindestens 870 Mio. Euro auch sinnvoller in den Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge investiert. Besser für alle ist es also, wenn der Gipfel nicht stattfindet. Dafür engagieren sich die Studierendenschaften Hamburgs zusammen mit verschiedenen PartnerInnen als Bündnis Gemeinsam statt G20. In der Frage, was denn nun eine Alternative zu den G20 ist, spielt kritische Wissenschaft eine große Rolle. Sie kann zeigen, dass der aktuelle Zustand nicht „natürlich“ ist, sondern sozial gemacht

und von uns verändert werden kann. Aus Angst vor diesem emanzipatorischen Potential will zum Beispiel Donald Trump in den USA die öffentliche Förderung für die Geisteswissenschaften streichen; derweil steckt das AKP-Regime in der Türkei die AKADEMIKERINNEN FÜR DEN FRIEDEN in den Knast oder schmeißt sie von den Unis.

Entgegen dieser Angriffe müssen wir die Dinge selbst in die Hand nehmen und die Hochschulen im Interesse der Mehrheit statt für die Interessen der G20 gestalten: Welche solidarischen Antworten finden wir auf die globalen Herausforderungen? An der Uni Hamburg hat der AStA dazu ein Themensemester ausgerufen, dessen Ergebnisse an akademischen Tagen vor dem Gipfel zusammengetragen und diskutiert werden sollen.

Alle sind eingeladen, ab dem 5. Juli 2017 nach Hamburg zu kommen und sich an einer Woche der solidarischen Alternativen zu beteiligen! ★

Franzi und **Artur** studieren Sozialökonomie an der Universität Hamburg und sind dort im AStA aktiv. Die Studierendenschaften Hamburgs haben das Bündnis „Gemeinsam statt G20“ gestartet und engagieren sich gegen die Politik und die Austragung des Gipfels der „Group of Twenty“





Bild: ResistFromDay1 (CC BY 2.0)

Langer Marsch zur gemeinsamen Bewegung

Eigentlich sind beim Women's March alle gegen Trump, trotzdem gibt es Streit. Warum? Kübra Çiğ begibt sich auf die Suche.

Als Teresa Shook aus Hawaii in der Nacht von Trumps Wahlsieg eine Facebook-Veranstaltung erstellte, erwartete sie nicht, dass sie am nächsten Morgen über 12.000 Zusagen bekommen würde. Die Idee war simpel: am Tag von Trumps Amtseinführung sollte es eine Anti-Trump-Demo geben. Der „Women's March on Washington“ am 21. Januar war die größte Demo ihrer Art und hat ein imposantes Bild der weltweiten Solidarität für und unter Frauen* geprägt. Die Botschaft war klar: Wir werden nicht stillschweigend hinnehmen, dass unsere Rechte eingeschränkt werden. Wir werden die Angriffe auf unsere Körper, unsere Hautfarbe, Herkunft, Religion, sexuelle Identität und Orientierung, unsere Krankheiten und Behinderungen und unsere Umwelt nicht zulassen.

Kampf um die Bewegung

Doch vom ersten Post der Initiatorin bis zum Abbau des letzten Podests auf der Demoroute war der Sinn und Zweck der Bewegung umkämpft – selbst noch danach gingen die Auseinandersetzungen weiter. Berichte über die Initiatorin redeten von einer „Großmutter aus Hawaii“

und reduzierten Teresa Shook auf ihre Mutterrolle, obwohl sie Ideenstifterin für ein so großes Event ist. Viele Mainstream-Medien nahmen die Demonstration nur in dem Maße wahr, in dem weiße Prominente daran teilgenommen haben. Auch innerhalb der Bewegung gab es keine Einigkeit über die Themen, die stark gemacht werden müssten. Bei einer Demo, die so viele Menschen und Themen anspricht, gehen die Meinungen selbstverständlich etwas auseinander. Doch von einer dezidiert feministischen Organisation ist auch zu erwarten, dass mit Dissens und Kritik anders umgegangen wird. Der erste Disput war über den Titel der Veranstaltung. Der ursprüngliche Name war „The Million Women March“. Schwarze Aktivistinnen haben zu recht darauf hingewiesen, dass dies der Titel einer Demo von schwarzen Frauen aus dem Jahr 1997 ist und dass diese Titelwahl die Geschichte der schwarzen Frauen vereinnahmt und unsichtbar mache. Bei einer Google-Suche käme dann nur die neue Demo von 2017. Daraufhin wurde der Titel „Women's March on Washington“ vorgeschlagen. Doch auch dieser Titel erinnerte zu sehr an die 1963'er Civil Rights Demo „March

on Washington“. Die erneute Kritik wurde allerdings vom nationalen Orga-Team abgeschmettert, dass die Bewegung durch die zweite Namensänderung unentschlossen wirken würde. Trotz der ursprünglichen Begeisterung über eine gemeinsame Großdemo, war nach 400 Jahren Geschichte der Sklaverei das Vertrauen schwarzer Frauen an eine Allianz mit weißen Frauen ohnehin nicht groß – auch da diese mehrheitlich Trump gewählt haben. Hinzu kam eine Aneignung einer schwarzen Befreiungsbewegung, die mit dem Versuch vergleichbar ist, die „Black Lives Matter“-Bewegung in „All Lives Matter“ umzubenennen. Hier wäre die Folge eine Bagatellisierung der ursprünglichen Botschaft gegen die Polizeigewalt an Schwarzen gewesen.

Dominanz weißer Frauen

Das Orga-Team des Women's March on Washington warf den schwarzen Aktivistinnen Spaltung vor und brachte sie zum Schweigen, indem sie ihre kritischen Kommentare auf Facebook löschten. Auch wenn daraufhin Organisatorinnen von Schwesterdemos aus Protest zurücktraten, zeigt dies die Dominanz weißer

Feministinnen in der Organisation. Erst nach und nach nachdem schwarze und farbige Aktivistinnen Druck gemacht hatten, holten sich die weißen Feministinnen Frauen mit diverser Herkunft ins Boot.

In der neuen Zusammensetzung des Teams haben etwa 20 Frauen zwischen November und Januar eine Organisationsarbeit geleistet, die normalerweise sechs bis zwölf Monate dauern würde. Während Glamourzeitschriften die Zusammenarbeit des sich vorher nicht kennenden Orgateams zu Recht lobten, fanden jedoch die Stimmen der Frauen*, die von mehreren Unterdrückungsformen betroffen sind, in den Mainstreammedien kaum Beachtung. So wurden auch die rosa Pussyhats als nicht inklusiv genug kritisiert. Es entstand als eine Reaktion auf Trumps Worte „to grab them by the pussy“. Trans*frauen und Frauen of Color haben darauf verwiesen, dass nicht alle Frauen* eine Vulva haben, nicht alle Vulvas rosa sind. Feminismus darf marginalisierte Frauen nicht unsichtbar machen.

Andere Aktivist*innen haben bei der Demonstration angeprangert, dass der Klassenbezug allzu sehr in den Hintergrund rückte. Weiterhin wurde auf vielen Schwesterdemos in anderen Städten die Notwendigkeit barrierefreier Partizipation von Menschen mit körperlichen Behinderungen kaum berücksichtigt.

Bei all diesen Auseinandersetzungen wird jedoch nicht aus den Augen verloren, dass der antifeministische, rassistische Rollback in den USA und in Europa gerade erst am Anfang steht. So werden in den nächsten Jahren neuere, größere, alle Betroffenen einschließende Demos und Aktionen überall auf der Welt notwendig sein. Um es mit Beyoncé zu sagen: Ok ladies, now let's get in formation! ★

Kübra Çiğ

ist geboren und aufgewachsen in der Türkei und emigrierte vor 5 Jahren nach Deutschland. Jetzt ist sie im SDS aktiv und auf der vergeblichen Suche nach einem Masterplatz in Psychologie.



ANZEIGE

Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.

Jetzt drei Wochen gratis lesen

Ja, ich will die Tageszeitung *junge Welt* drei Wochen kostenlos lesen. Das Abo endet automatisch. Bestellungen ins Ausland auf Anfrage

Frau Herr Critica

Eingetragen am 12

Vorname

Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift

■ COUPON EINSENDEN AN: Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-48. www.jungewelt.de/probeabo

Die neue Lust am Krieg

Europa umzingelt? Wegen vermeintlicher Bedrohung im Osten und Trump'scher Unzuverlässigkeit glaubt sich Europa von außen bedroht und rüstet kräftig auf. Für **Anna Lindner** ein Grund mehr sich kritisch mit Aufrüstung zu beschäftigen.

EU Armee: Alles hört auf ein Kommando

„Wir müssen die europäischen Verteidigungsfähigkeiten kräftigen“, schrieb Ursula von der Leyen Mitte Februar in einem Gastbeitrag für die Süddeutsche Zeitung. Damit forderte sie eine verstärkte europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die über die in Verträgen vereinbarte militärische Zusammenarbeit zwischen EU-Staaten hinausgeht und zu einer zumindest militärisch geeinten Union führt.

Schritte dorthin beinhalten – laut Weißbuch der BRD – das Fortführen und Ausbauen bi- und multilateraler militärischer Strukturen zwischen EU-Staaten mit flexiblen und permanent einsatzbereiten Truppen. Dazu gehört auch die Einrichtung einer EU-Kommandozone in Brüssel, über die gemeinsame Missionen zentral koordiniert werden. Ein solches militärisches Zusammenwachsen wird stets mit der globalen Verantwortung begründet, die der EU angeblich zukommt. Besonders jetzt da durch Trumps Abschottungspolitik kein Verlass mehr auf die militärische Kraft der USA sei. Ein Ausbau militärischer Bündnisse und Strukturen in der EU zeugt nicht von einer Kräftigung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten, wie es von der Leyen formuliert, sondern von einer angriffs-lustigen Kriegspolitik der EU.

Die EU muss dazu übergehen Konflikte friedlich zu lösen, statt weitere Konfrontationen auf dem europäischen Kontinent und weltweit zu befeuern.

Schuldenbremse für Schulen und Milliarden fürs Militär

2016 wurde von einer strengen Ausgabenpolitik geprägt, die unter den Stichworten „Schwarze Null“ und Verschuldungsverbot die Öffentlichkeit plagte. Dies verhinderte dringend nötige Renovierungen; beispielsweise von Brücken und Schulen. Nur ein Bereich scheint davon ausgenommen: das Militär. Der Wehretat ist 2017 auf die ungeheure Summe von 36,6 Mrd. Euro angewachsen, was 1,2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht. Bis 2021 soll das Budget bis auf 42,3 Mrd. Euro steigen.

Sobald sich Widerstand dagegen formiert, verweist die Bundesregierung auf die NATO-Absprache, die für alle Mit-

gliedsstaaten des Kriegsverbündnisses 2% des BIP als Rüstungsausgaben vorsieht. Auch die Bundesregierung möchte auf dieses Ziel hinsteuern. Angesichts von Kriegen, Verrohung und des weltweiten Rüstungswettlaufs sollen wir dies als „Sicherheitsvorkehr“ verstehen – während Russland seine Rüstungsausgaben kürzt. Doch die Bundeswehr ist seit dem Jugoslawien-Krieg mehr und mehr zur flexiblen Interventionsarmee umgebaut worden.

Außerdem kann Geld aus dem Bundeshaushalt, das für die Bundeswehr ausgegeben wird, nicht für sinnvolle Investitionen in (Hoch-)Schulen, Krankenhäuser oder sozialen Wohnungsbau genutzt werden. Proteste gegen die Aufrüstung sollten sich ihrer Alternative

nicht berauben lassen: Wir fordern Geld für Bildung statt Bomben!

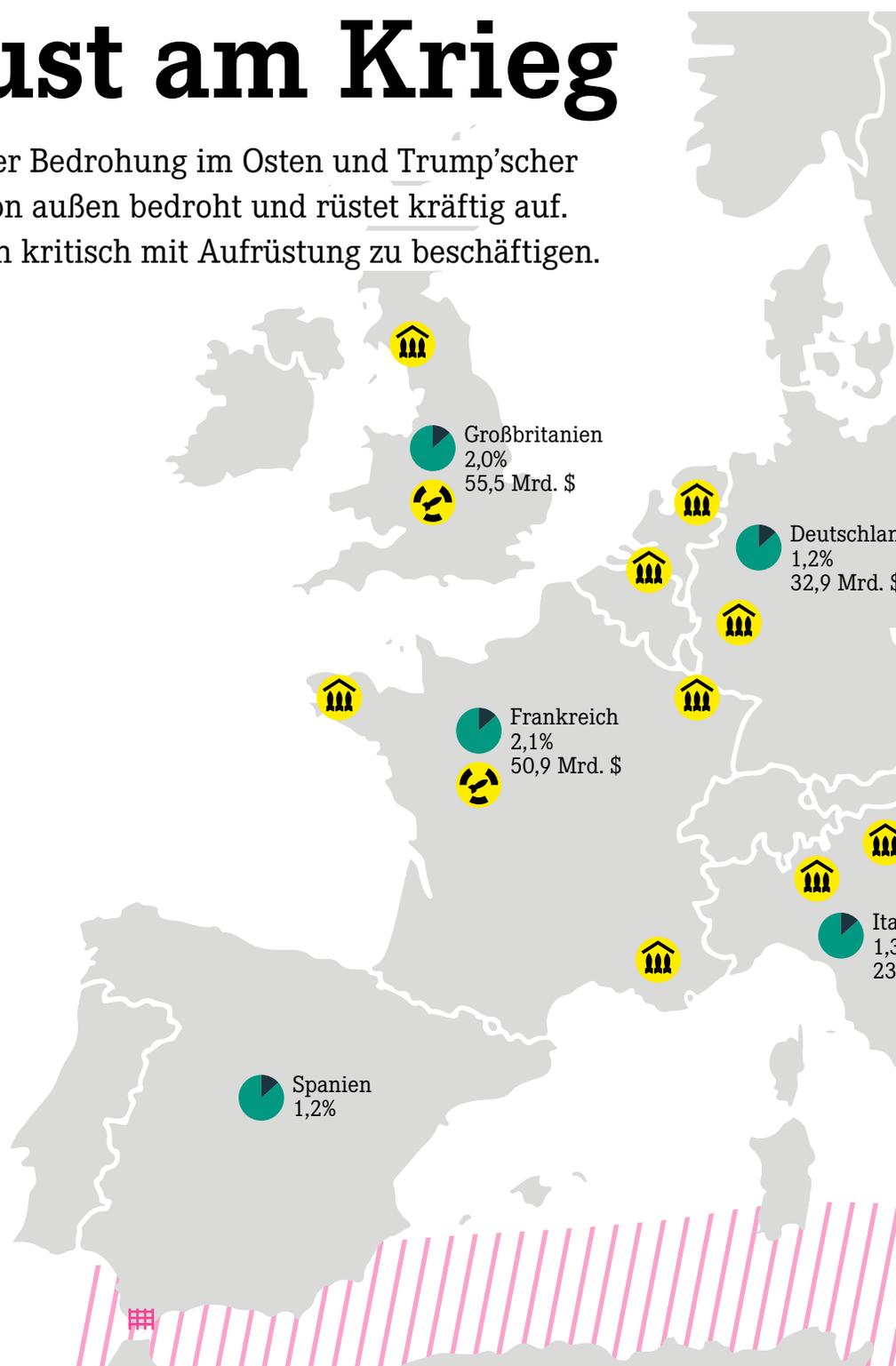
Deutsche Gewehre in Kinderhänden

Die Meister des Todes kommen aus Deutschland. Ihre Namen sind unter anderem G36, MP5 und Walther P99 – begehrte Kleinwaffen aus deutschen Rüstungsschmieden. Sie werden in den Nahen Osten, nach Pakistan, Kolumbien und auf die Philippinen exportiert. Kleinwaffen, also Pistolen, Maschinengewehre, Granaten und Panzerfäuste, sind der tödlichste Waffentyp der Welt. Laut

UN sterben jedes Jahr bis zu 500.000 Menschen durch ihren Einsatz.

Alle genannten Länder haben gemeinsam, dass in ihnen immer noch Kindersoldaten eingesetzt werden. Dadurch wird auch mit deutschen Waffen von und auf Kindersoldaten geschossen.

Laut Bundesregierung stiegen die Genehmigungen für den Export deutscher Kleinwaffen von 2015 auf 2016 von 32 Mio. Euro auf 47 Mio. Euro. Deutschland ist damit die Nummer zwei weltweit im Export von Kleinwaffen. Viele dieser Waffen erreichen Krisengebiete mit bewaffneten Konflikten. Trotzdem behauptet die Bundesregierung restriktiv im Umgang mit Waffenexporten zu verfahren.





tex anforderte, so konnte die Agentur ihre Befugnisse im Laufe der Jahre stetig ausbauen und handelt inzwischen weitgehend unabhängig. Gleichzeitig stieg das Budget der paramilitärischen Organisation von anfänglich 19 Mio. Euro auf aktuell rund 250 Mio. Euro an. Von Beginn an sah sich Frontex berechtigter Kritik diverser Nichtregierungsorganisationen ausgesetzt: beispielsweise kam es erwiesenermaßen immer wieder zu menschenrechtswidrigen Push-backs von Flüchtlingsbooten im Mittelmeerraum, obwohl Menschen in Seenot eigentlich schnellstmöglich gerettet werden müssen. Geändert hat sich daran jedoch nichts. Stattdessen wurden ab 2016 sogar tiefgreifende Umstrukturierungen der Agentur durchgesetzt, die einen noch schonungsloseren Umgang mit vermeintlichen „Wirtschaftsflüchtlings“ nicht nur begünstigen, sondern geradezu voraussetzen. Frontex führt diese Aktionen zumeist bewusst innerhalb rechtlicher Grauzonen durch, so dass eine Aufklärung der Vorfälle erschwert wird. Oft genug handelt sie aber nach eigens dafür verabschiedeten EU-Verordnungen – die Rechte europäischer BürgerInnen werden also ganz offensichtlich über die von Nicht-EuropäerInnen gestellt.

Aggression im Osten und das Feindbild Russland

Immer häufiger wird in der internationalen Politik wieder empört vom „Säbelrasseln“ gesprochen. Ein neuer Kalter Krieg bahne sich an und Hauptaggressor sei dabei Russland. Der Anteil der NATO und des europäischen Engagements an einer möglichen Eskalation dieses Konflikts wird dabei häufig ausgeblendet. Nach der Inbetriebnahme eines ersten US-Raketenschirms in Rumänien errichtet die NATO weitere Militärbasen an ihrer Ostgrenze. Anfang dieses Jahres kam es zu massiven Truppenverlegungen der USA nach Mittel- und Osteuropa. Deutschland diente bei diesem Unterfangen als logistische Drehscheibe: Über Bremerhaven wurden neben weiterem schweren Gerät auch 144 Schützenpanzer nach Polen, Estland und Litauen transportiert. Bis zu 4.200 US-Soldaten sollen an der Russischen Grenze stationiert werden. Verteidigungsministerin von der Leyen begrüßt derartige Vorhaben. In einem Artikel der Süddeutschen sprach sie sich für eine Kräftigung „unserer Ostflanke“ aus. Der Aufbau einer europäischen schnellen Eingreiftruppe wird dabei ebenso angestrebt, wie die Ausweitung des sogenannten Air Policing (Luftraumüberwachung durch bewaffnete Jagdflugzeuge) im NATO-Grenzgebiet zu Russland. Die Frage, wer hier eigentlich wen provoziert oder aggressiv agiert, hat damit durchaus ihre Berechtigung. ★

Atomwaffen: Fortschritte bei der Abrüstung?

Im Juli 1968 – über 20 Jahre nach den verheerenden Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki – beschlossen die Vereinten Nationen (UN) den Atomwaffensperrvertrag, den bis heute über 190 Staaten unterschrieben haben. Darunter die Atommächte Frankreich, Großbritannien, Russland, die USA und China, die sich in diesem Vertrag dazu verpflichten, Kernenergie nur friedlich zu nutzen und ihre Vorräte an atomaren Waffen langfristig abzubauen. Gleichzeitig sollen die anderen Staaten darauf verzichten, Atomwaffen zu entwickeln. Heute, fast 50 Jahre nach Vertragsabschluss, wird die Debatte über die ato-

mare Abrüstung wieder aktuell. Mehrere Staaten haben eine neue UN-Resolution vorgelegt. Im März und Juni 2017 wird die UN über das absolute Verbot von Atomwaffen verhandeln. So konsequent und progressiv wie es zunächst klingt, ist es leider nicht. Erstens wäre der Vertrag, der daraus entstehen könnte, nicht bindend für alle Staaten, sondern nur eine Empfehlung und zweitens haben die Atommächte bereits angekündigt, nicht an den Verhandlungen teilzunehmen. Auch die deutsche Regierung, die sich bisher zumeist gegen Atomwaffen ausgesprochen hat, gab offiziell bekannt, nicht mitzuverhandeln. Laut Auswärtigem Amt seien die Konferenzen im März und Juni sinnlos, wenn die Atommächte sich nicht beteiligen. Womöglich liegt das Aus-

wärtige Amt mit diesem Statement nicht ganz falsch, dennoch wäre die Teilnahme an den Verhandlungen ein Zeichen der deutschen Regierung sich international für die nukleare Abrüstung einzusetzen.

Frontex: Wessen Leben ist mehr wert?

Die europäische Grenzschutzagentur Frontex wurde 2004 gegründet und ist seitdem dafür zuständig unliebsame Menschen am Übertreten der EU-Außengrenzen zu hindern. Geschah dies zunächst noch exklusiv unter dem Kommando des jeweiligen Staates, der die Unterstützung von Fron-

Studis auf die Straße – jetzt!



Bild: Robin Vinko

CDU und FDP arbeiten bundesweit an einem Studiengebühren-Comeback. Eine grüne Ministerin führt sie bereits ein. Warum wir jetzt dagegen protestieren müssen, erklärt Julian Nikolaus Rensi.

Studierende in Heidelberg protestieren gegen Studiengebühren.

Schon einmal wollte man in Deutschland Studiengebühren einführen. Das war 2005. Schon einmal scheiterte die Durchsetzung angesichts einer Welle studentischen Protests. Das war 2009. Dennoch begehrt Baden-Württembergs Wissenschaftsministerin Theresia Bauer nun diese Dummheit ein zweites Mal. Sanft, nicht wählerverschreckend, denn die Gebühren in Höhe von 650 bzw. 1500 Euro sollen „nur“ für Zweitstudien und nichteuropäische Studierende gelten. Alles soll sozial verträglich gestaltet werden. Viele Ausnahmen würde das Gesetz beinhalten, niemand würde dadurch benachteiligt. Doch das ist rein illusorisch. Sozial ver-

träglich Studiengebühren kann es nicht geben. Schon gar nicht in Zeiten, in denen Studierende kaum noch BAföG erhalten, der Sozialstaat sich immer weniger für Studierende interessiert und Studienfinanzierung immer mehr zum quälenden Kraftakt wird.

Rassistische Spaltung

Richtig ist daher, dass zahlreiche Studis in BaWü gegen das Vorhaben der Regierung auf die Straße gehen. Sie kritisieren, dass das Gesetz eine künstliche, rassistische Trennung zwischen ihnen und nicht-europäischen Studierenden zieht und stellen klar, dass Bildung ein Men-

schenrecht und keine Ware ist. Damit setzen sie ein klares, notwendiges Zeichen gegen Studiengebühren. Erst kürzlich stellte die FDP in Nordrhein-Westfalen einen Antrag auf Einführung von Studiengebühren und auch die CDU in NRW möchte Studiengebühren wieder einführen.

Sehnsucht nach Gerechtigkeit

Doch was treibt Studis bei Lernstress und zwei Nebenjobs noch auf die Straße? Wohl auch die Sehnsucht nach einer gerechteren Gesellschaft, von der uns

Studiengebühren ein ganzes Stück entfernen. Denn erstens zementieren sie gesellschaftliche Ungleichheit, da sie erwiesenermaßen eine Verringerung der Studierendenzahlen bewirken und dabei besonders Jugendliche aus finanziell schwachen Elternhäusern treffen. Zweitens vervollständigen sie die umfassende marktradikale Privatisierungsagenda, indem sie die Finanzierungslast vom Staat auf Private, in diesem Fall die Studierenden, verschiebt. Drittens wird das demokratische Prinzip unentgeltlicher höherer Bildung der Marktconformität geopfert. Bibliothek, Seminar, Vorlesung dienen dann nicht mehr der befreienden individuellen Fähigkeits- und Persönlichkeitsentwicklung. Stattdessen wird das Studium zu einer durchkalkulierten, privaten Investition in das eigene „Human-kapital“. Kritisches Denken bleibt mit einer solchen Perspektive auf der Strecke. Eine enorme Bedrohung in einer Welt, in der Kriege, Ausbeutung und Umweltzerstörung alltäglich sind. Eine solche Welt braucht mehr anstatt weniger kritischem Denken.

Kurzum, Studiengebühren sind zugleich Symptom und systemerhaltendes Instrument des neoliberalen Kapitalismus. Doch nur gegen die Gebühren zu sein reicht nicht. Langfristige Erfolge können nur dann erzielt werden, wenn der Protest die Ursachen der Symptome nicht ignoriert, wenn er auch das System verurteilt, das Gebühren hervorbringt und auch ständig wieder hervorbringen muss. Der Kampf gegen Studiengebühren muss also kapitalismuskritisch sein. Er muss Teil des Kampfes für ein demokratisches und humanistisches Hochschulwesen und gegen die marktradikale Hochschulpolitik sein. Teil also eines Kampfes gegen die neoliberale Zersetzung der Demokratie und für eine solidarische Gesellschaft. ★



Julian Nikolaus Rensi studiert im ersten Semester Jura in Heidelberg und ist seit Oktober Mitglied der dortigen Hochschulgruppe des SDS. Zuvor war er mehrere Jahre in der Schülervertretung politisch aktiv.

ANZEIGE

Schnapsideen-Maut für Politiker!

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

www.linksfraktion.de

BAföG muss elternunabhängig werden

Bild: Malik Brückner

BAföG reicht oft nicht zum Leben und für ein gutes erst recht nicht. Das muss sich ändern. Das BAföG muss bedarfsdeckend, rückzahlungsfrei und elternunabhängig werden, findet Danilo Streller.

Bei Uni-Stress und Nebenjob wird die Zeit schnell knapp. Manche versuchen daher beides zu verbinden.

Julia hat es zum Lehramtsstudium nach Frankfurt am Main verschlagen. Der Bildungsaufstieg schien nah für die Tochter eines Facharbeiters und einer Verkäuferin. Doch vom BAföG-Höchstsatz kann sie nur träumen, denn ihre zwei älteren Geschwister werden wegen eigenen Verdienstes nicht mehr angerechnet. Von den knapp 400 Euro kommt Julia in der Main-Metropole kaum über die Runden: Allein ihr Mini-Zimmer im Wohnheim, auf das sie ein Jahr warten musste, frisst den gesamten Betrag. Das Kindergeld reicht bei weitem nicht für den täglichen Bedarf, weswegen sie neben dem Studium selber als Verkäuferin in einem Modeladen jobbt. Dass diese Zusatzbelastung ihre „Regelstudienzeit“ gesprengt hat, ist verständlich, kann aber vom BAföG-Amt nicht berücksichtigt werden. Selbstverschuldet.

Zu wenig zum Leben

Auf Druck der 68er Studierendenbewegung ist das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 1971 von der Bundesregierung unter Willy Brandt verabschiedet worden. Bei aller berechtigten Kritik war es der erste Bruch mit der privaten Bildungsfinanzierung. Mit ihm wurde nachhaltig am Bildungsprivileg der Reichen gerührt. In der ersten Förderungsperiode erhielt nahezu die Hälfte aller Studierenden finanzielle Unterstützung – als Vollzuschuss. Auch

SchülerInnen aus armen Familien hatten einen Anspruch auf BAföG. Viele progressive Bestandteile wurden seitdem eingeschränkt und müssen wieder errungen werden – andere progressive Inhalte sogar erstmals.

Die BAföG-Bedarfssätze stiegen viel langsamer als die Lebenshaltungskosten. Viel zu oft wurde von den Bundesregierungen die jeweilige „finanzwirtschaftliche Lage“ vorgeschoben, um in Krisenzeiten die Erhöhung auszusetzen. In wirtschaftlichen Aufschwungzeiten wurden die fehlenden Erhöhungen nicht kompensiert. Um nur eines der anschaulichsten Beispiele für die veraltete Leistungsbemessung zu nennen: Die BAföG-Mietpauschale von 250 Euro reicht für Julia nur bis zur Monatsmitte und liegt sowieso deutlich unter der studentischen Durchschnittsmiete.

Regelstudienzeit ist keine Regel

Studierende konsumieren nicht nur, sondern betreiben selber Wissenschaft, sowohl durch ihre Beteiligung an Lehrveranstaltungen als auch durch den übrigen Austausch mit dem wissenschaftlichen Personal. Staatliche Bildungsfinanzierung hat die Aufgabe, allen Studienwilligen diese Teilhabe zu ermöglichen. Es geht um eine sinnvolle demokratische und gesellschaftliche Aneignung der

Welt. Da reichen sechs Semester Regelstudienzeit mit Nebenjob, Hobby und Liebe nicht aus. Diese Beschränkung sollte deshalb komplett aufgehoben werden. Solange das noch nicht geschehen ist, sollte außeruniversitäres Engagement wenigstens besser berücksichtigt werden. Der Rahmen des zulässigen Ehrenamtes für Gremiensemester muss dringend ausgeweitet werden; nachgewiesener Einsatz für Geflüchtete muss genauso wie Wahlämter der Verfassten Studierendenschaft angerechnet werden. Auch die Pflege naher Angehöriger muss ausreichend berücksichtigt werden und zur Verlängerung berechtigen.

Das BAföG ist nach dem Subsidiaritätsprinzip konstruiert, der Staat unterstützt die Ausbildung nur in den Fällen, in denen es die Eltern nicht ausreichend können. Eltern und Kind gelten in dieser Auffassung als Bedarfsgemeinschaft – unabhängig davon, ob sie sich kennen oder mögen. Das BAföG-Amt ermittelt dafür biologische Väter und ihre Einkommensbescheide und legt bei elterlichem Widerwillen dem Kind eine Klage nahe. Allerdings sollte jeder Mensch unabhängig von seinen Eltern die freie Wahl über seine Bildung haben. Das schließt auch die Möglichkeit ein, sich von der Familie loszureißen oder sogar komplett andere Wege gehen zu können.

Julia will ihre Eltern bestimmt nicht verklagen. Aber für sie ist das Studium auch eine Zeit um selbststän-

dig leben zu lernen. Dazu gehört für sie, wie für jeden jungen Menschen auch, finanzielle Unabhängigkeit. ★



Danilo Streller studiert in Leipzig Politikwissenschaft und Philosophie. Er ist immer etwas spät dran, auch im Studium, nicht zuletzt deshalb ist er gegen Regelstudienzeit.

i Der alternative BAföG-Bericht des DGB stellt fest: „Die Bedarfssätze liegen in 2016 trotz der siebenprozentigen Erhöhung um 6,4 Prozentpunkte unter der Entwicklung der Lebenshaltungskosten seit 1971. Geförderte nach BAföG stehen also vor dem Problem, trotz eventueller Vollförderung und trotz der erst erfolgten Reform des BAföGs zu wenig zu haben, weil die Förderung in den vergangenen 45 Jahren nicht im erforderlichen Umfang erhöht und damit schleichend um 20 Indexpunkte entwertet wurde.“



Bild: Ra Boe (CC BY-SA 3.0 de), Montage: Malik Brückner

Arbeitsamt trotz Abschluss

Vor zehn Jahren wurde über die „Generation Praktikum“ diskutiert. Heute spricht kein Mensch mehr darüber. Doch hat sich die Lage wirklich verändert, fragt sich **Dorian Tigges**.

Vom überfüllten Hörsaal ins überfüllte Wartezimmer. Viele StudienabsolventInnen müssen sich nach dem Studium arbeitslos melden.

Jule S. (26) hat gerade ihr Studium in Sozialwissenschaften an der HU Berlin abgeschlossen. Wegen der hohen Miete für ihre WG in Charlottenburg musste sie während des Studiums in einer nahe gelegenen Bar jobben. Neben ihrem Studium hatte sie daher ziemlich wenig Zeit am Wochenende auszugehen oder mal entspannt ein Buch zu lesen. Sie würde das gerne ändern.

Aber daraus wird vorerst nichts: nach einigen erfolglosen Bewerbungen als Human Resources Managerin, Pressesprecherin und Leiterin einer Jugendhilfeeinrichtung ist sie ziemlich bedrückt. Sogar als Parlamentsstenographin im beschaulichen Kiel hatte sie sich beworben. Ist aber alles nichts geworden. In den Bewerbungsgesprächen sagte man ihr, sie habe zu wenig Erfahrung. Woher soll sie die auch haben? Sie sei nach dem Studium zu wenig spezialisiert und auch ihr Englisch sei zu schlecht. Wie auch, beides hat ihre Studienordnung nicht vorgesehen und viel Zeit ließ ihr das arbeitsintensive Studium nicht.

Wenn die Miete steigt, wird es eng

Sie wollte schon aufgeben und sich als Volontärin bei einem größeren Verlag der Stadt bewerben, als sie doch noch

eine Zusage bekommt: als Ehrenamtskoordinatorin. Immerhin ein fester Job, auch wenn die Bezahlung nicht allzu gut ist und sie an den Wochenenden auch arbeiten muss. Eine eigene Wohnung ist finanziell nicht drin. Doch so lange sie sich in ihrer WG wohlfühlt, ist das erstmal kein Problem.

Sie freut sich, untergekommen zu sein und muss weiter schauen, was noch kommt. Doch wenn die Miete weiter steigt, wird es richtig eng für ihre WG. Die Ungewissheit bleibt. Braucht sie bald einen neuen Job in Berlin oder muss sie dafür in eine andere Stadt ziehen?

Derya S. (28) hat auch mit Problemen zu kämpfen. Mit ihrem Masterabschluss in BWL von der RWTH Aachen fällt es ihr schwer, einen richtigen Job zu finden. Zwar gibt es hunderte von Stellenanzeigen auf dem Markt, aber erst nach der zwanzigsten Bewerbung bekam sie überhaupt eine Rückmeldung. Einladungen zu Bewerbungsgesprächen lassen dennoch fürs erste auf sich warten. Sie fragt sich, woran das liegen könnte: waren ihre Noten schlecht? Schließlich hat sie ja nur einen Notendurchschnitt von 2,4. Liegt es an ihrem nicht-deutschen Namen oder daran, dass sie eine Frau ist? Schließlich sind die Ansprechpartner bei den Firmen, bei denen sie sich bisher beworben hat, durchweg Männer.

Sie weiß es nicht. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass ihr die mehrjährige Berufspraxis fehlt.

Zu migrantisch oder zu weiblich?

Wie Jule und Derya geht es vielen BerufseinsteigerInnen. Unbezahlte Praktika haben heute zwar ihre Bedeutung verloren, das heißt aber nicht, dass es für AbsolventInnen heute einfacher wäre als vor zehn Jahren. Vielmehr sind die Jobs, die nach dem Studium zu bekommen sind, besonders für GeisteswissenschaftlerInnen, oft befristet und schlecht bezahlt. Laut dem Institut der Deutschen Wirtschaft erhielt 2012 fast jeder zehnte Akademiker einen Bruttolohn von ca. 9,30 Euro. Rund die Hälfte aller AbsolventInnen erhält direkt nach dem Studium nur einen befristeten Arbeitsvertrag – bei den Geisteswissenschaften sind es sogar drei Viertel. Zudem wird von AbsolventInnen in der Regel eine hohe Flexibilität gefordert. Flexibilität, das heißt zum Beispiel arbeiten am Wochenende, kaum Kündigungsschutz, ständige Erreichbarkeit und vieles mehr. Eine Familie zu gründen, ein zeitaufwendiges Hobby oder politisches Engagement aufrechtzuerhalten, ist unter diesen Bedingungen kaum möglich.

Unsicherheit bereitet Schmerzen

Die Jobperspektiven nach dem Studium sind mit Blick auf die Bezahlung, auch durch Einführung des Mindestlohns, besser geworden. Doch berufliche Unsicherheit oder Flexibilität haben zugenommen. Das hat auch Folgen für die Gesundheit: Jeder zehnte Berufstätige unter 30 Jahren leidet laut Studien der Krankenkassen DAK, TK und AOK unter Schmerzen ohne organische Ursachen, meist begleitet von Burn-out und Depressionen.

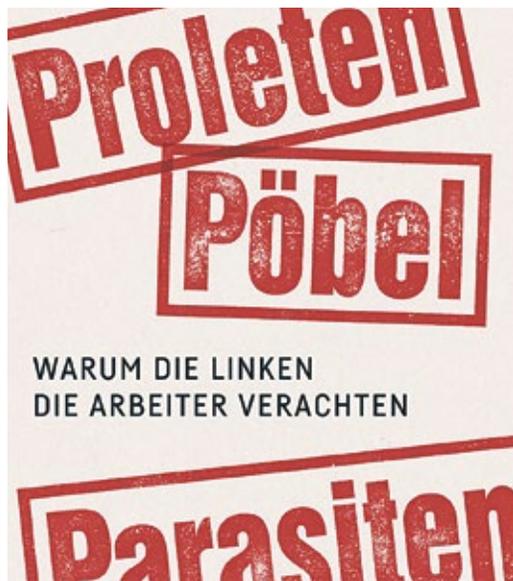
Derya hat es inzwischen aufgegeben einen festen Job zu suchen. Sie hätte vielleicht einen bekommen können, aber dafür aus Aachen wegziehen müssen. Doch dann müsste sie eine Fernbeziehung mit ihrer Freundin führen. Das kommt für sie nicht in Frage. Jetzt hält sie sich mit Nebenjobs über Wasser, hofft aber dennoch weiter auf einen Job in der Nähe. ★

Dorian Tigges ist im Bundesvorstand von DieLinke.SDS, studiert Geschichte in Marburg und beschäftigt sich seit längerem mit den Abgründen studentischer (Sozial-)Politik



Phönix aus der Asche

Jahrelang spielte die Frage der Klassen keine Rolle mehr. Mit aller Wucht kehrt sie jetzt zurück. Wir stellen die wichtigsten Bücher vor.



Verteidigung der Proleten, Pöbel, und Parasiten

Der Frage, warum Teile der ArbeiterInnenklasse sich nicht mehr durch klassisch linke Parteien vertreten fühlen, hat in der BRD Hochkonjunktur. Eine zugespitzte Antwort darauf liefert Christian Barons Buch „Proleten Pöbel, Parasiten – Warum die Linken Arbeiter verachten“, das in einfacher, salopper Sprache die facettenreiche gesellschaftliche Linke beleuchtet. Baron schafft es den Unterschied aufzuzeigen zwischen einer verakademisierten, linksliberalen oder auch linksalternativen Linken, die zwar stets entweder moralisierend oder aus ihrem akademischen Elfenbeinturm heraus die Zustände kritisiert, und einer systemüberwindenden Linken, die ebenfalls eine radikale Kritik hat, aber diese mit einer verändernden Praxis verbindet. Linke ersterer Couleur sind es vor allem, die voller Verachtung auf die vermeintlich rassistischen, asozialen und dummen Proleten blicken und sich längst in ihrer linken Blase gut eingerichtet haben. Sie haben keinerlei Zugang zur ArbeiterInnenklasse, verstehen ihre Probleme nicht

und sprechen im wahrsten Sinne eine andere Sprache. Politik verkommt dort zur reinen Identitätspolitik und Selbstbestätigung, dass man zu den besseren Menschen gehört. Mit Gesellschaftsveränderung oder gar Emanzipation hat dies herzlich wenig zu tun.

Eine Triggerwarnung vorweg: Wer Angst hat, seine eigene widersprüchliche Lebenspraxis zu reflektieren, sollte die Finger von diesem Buch lassen. Denjenigen jedoch, die die deutsche Linke in ihren vielseitigen und oftmals anstrengenden Facetten kennenlernen, aber auch Wege aus der Isolierung linker Politik finden möchten, ist dieses Buch wärmstens ans Herz gelegt.

DENIZ REMBERG

Christian Baron: Proleten, Pöbel, Parasiten – Warum die Linken die Arbeiter verachten; Verlag Das Neue Berlin, 288 Seiten, 12,99€.

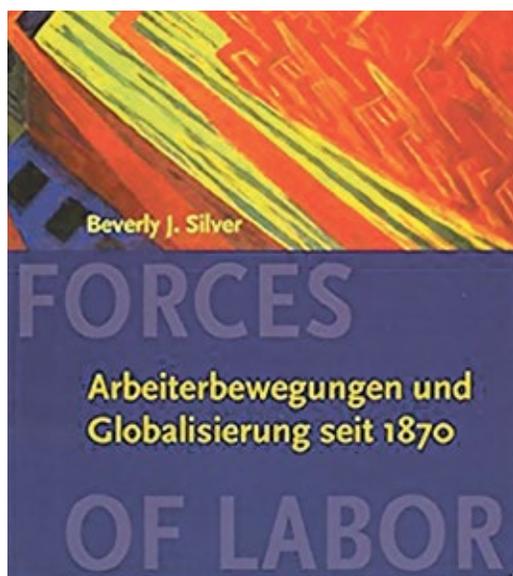
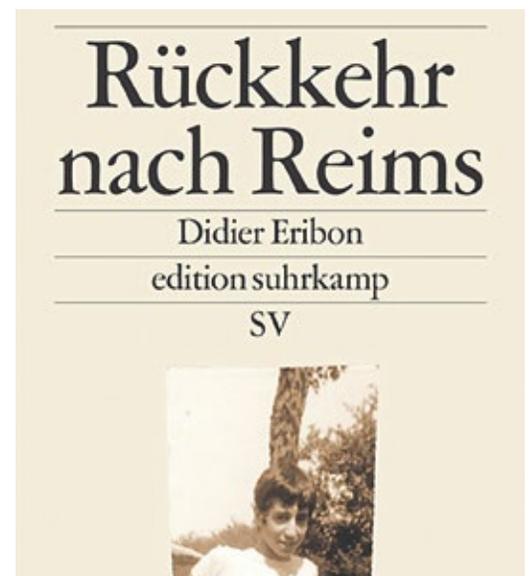
Flucht vor der eigenen Klasse

„Rückkehr nach Reims“ des französischen Soziologen Didier Eribon ist schon jetzt, dass in Deutschland meist diskutierte Buch über Klasse und Klassenkampf der letzten Jahrzehnte. Eribon reflektiert darin, wie er als junger Mann seine kommunistisch geprägte Arbeiterfamilie verlässt, um im fernen Paris zum bürgerlichen Intellektuellen zu werden und seine Homosexualität zu leben. Als er schließlich anlässlich des Todes seines Vaters Jahrzehnte später zu seiner Familie nach Reims zurückkehrt, hat sich die einst kommunistische Familie zu WählerInnen des rechtsradikalen Front National gewandelt. Diese packende persönliche Geschichte verknüpft Eribon mit der intellektuellen Entwicklung der französischen Linken und ihrer Abkehr von der Klassenpolitik. Häufig wird daher mit Eribon die Hoffnung verknüpft, den Aufstieg der europäischen Rechten erklären zu können. Doch hier enttäuscht das Buch. Eribon kennt die Entwicklung, die seine Familie durchgemacht hat nicht wirklich, sondern nur deren Anfangs- und Endpunkt. Seine

Erklärungen sind deshalb oft eher Denkanstöße. Absolut lesenswert ist das Buch trotzdem. Denn es sensibilisiert dafür wie die Klasse, in der wir aufgewachsen sind, unser Denken, Handeln und unsere Identität prägt – selbst wenn wir versuchen, uns von dieser abzuwenden. Eribon muss schließlich feststellen, wie er sich in seinen Jahren in Paris völlig von seiner Familie entfremdet hat. Es wird deutlich, dass ohne das schmerzhaft Abwenden vom Umfeld aus Kindertagen, der Familie und ohne Selbstverleugnung der Klassenwechsel nicht zu haben ist. Wer dies nicht will, wem aber dennoch die Welt der eigenen Klasse zu klein ist, dem bleibt nur der politische Kampf, um schließlich mit seiner gesamten Klasse kollektiv aufzusteigen, anstatt individuell die Klasse zu wechseln und damit seine eigene Biographie zu verraten.

ALEXANDER HUMMEL

Didier Eribon: Rückkehr nach Reims, Suhrkamp Verlag, 240 Seiten, 18,00€



Arbeitermacht in der Globalisierung

In einem imposanten Rundumschlag schmeißt Beverly Silver alle gängigen Klischees über Arbeiterbewegungen über den Haufen. Wer den Begriff Arbeiterbewegung für völlig veraltet hält, wird hier eines Besseren belehrt. Wer mit Marx glaubte, dass Arbeiterbewegung per se die Kraft revolutionären Fortschritts wäre, wird mit Licht und Schatten konfrontiert.

Durch eine beeindruckende Datengrundlage kann Silver in Forces of Labor die Globalgeschichte der Arbeiterbewegungen von 1870 bis heute anhand der Automobilindustrie nachzeichnen. Mit Entstehung der Industrie versuchten die Unternehmensspitzen ihre Fabriken stets in Regionen mit vielen billigen Arbeitskräften und schwachen linken Bewegungen zu verlegen. So entstand die Automobilindustrie im Norden der USA. Als die Arbeiterbewegung dort zu stark wurde, verlegte man die Fabriken in die Südstaaten – wo es kaum Linke und sowieso keine Gewerkschaften gab. Doch auch dort organisierten sich die ArbeiterInnen in kürzester Zeit. Die Folge war

die Auslagerung der Produktion nach Mexiko. Doch auch hier schlossen sich die ArbeiterInnen zusammen.

Forces of Labor zeigt damit die politischen Konsequenzen der ArbeiterInnenorganisation auf. Überall, wo sich die Automobilindustrie ansiedelte, entstanden innerhalb von kurzer Zeit Gewerkschaften, linke Parteien und die Demokratiebewegung wurde gestärkt. Doch gleichzeitig wurden marginalisierte ArbeiterInnen, z.B. Frauen und oft auch MigrantInnen, von der Arbeiterbewegung ausgeschlossen.

Silver kann mit der Untersuchung dieser Vorgänge zeigen, dass der Abgesang auf die Arbeiterbewegung verfrüht war. Sie sprengt die Ketten aus Mystifikationen und Klischees, die bisher das Denken über Arbeiterbewegungen einengten!

JANIS EHLING

Forces of Labor, Verlag Assoziation A, 284 Seiten, 18,00€



Schafft die Fernsehtalkshows ab

Polit-Talkshows prägen unser Bild von Politik. Aber Politik ist weder Theater noch Expertenstreit. Schafft sie ab, um unsere politische Kultur zu retten, fordert **Alexander Hummel**

Sonntagabend, 21:45 – in der ARD läuft Anne Will. Gerade lief Tatort. Der Blutdruck ist dank der wöchentlichen Portion Mord und Totschlag noch leicht erhöht. Wer jetzt noch nicht müde genug ist ins Bett zu gehen, aber schon so müde, nur noch auf der Couch sitzen bleiben zu wollen, schaut sich noch eine Runde Polit-Theater an. Dramatische Musik, ein möglichst provokatives Diskussthemema – irgendwas mit Islam und ImmigrantInnen – und polarisierende Gäste sollen dafür sorgen, dass auch nach dem Tatort Quote und ZuschauerInnenblutdruck oben bleiben.

Drei bis viereinhalb Millionen ZuschauerInnen lassen jede Woche den Fernseher an, wenn Anne Will wieder einmal das Phantasma der Verständigung inszeniert. Sie wird wieder einmal scheitern. Doch die Diskurssimulation wird auch nächste Woche wieder aufgeführt werden. The show must go on. Schließlich gilt die Verständigung als Grundlage der Demokratie – so dozierte es schon Jürgen Habermas, der gefeierte Philosoph der alten Bundesrepublik.

Über drei Millionen ZuschauerInnen

Wie schlechte Dramen laufen Talkshows im Prinzip immer gleich ab. Doch als was erscheint nun Politik in dieser Inszenierung? Es lohnt sich dafür die wesentlichen

Elemente einer jeden Aufführung einzeln zu betrachten. Zunächst wären da die Requisiten: Meist bestehen diese aus fünf Stühlen angeordnet in einem Halbrund, Moderationskarten und kleinen Videos, die eingespielt werden, wenn die Diskussion wieder einmal ins Stocken gerät. Sie sollen die Langweile der Scheinverständigung durchbrechen, denn sonst drohen die ZuschauerInnen abzuschalten.

Daneben kennt jede Inszenierung seine ProtagonistInnen. Man findet dort ParteipolitikerInnen, VerbandsfunktionärInnen, UnternehmerInnen und WissenschaftlerInnen. Gemein ist ihnen, dass sie im Rahmen der Talkrunden irgendwie als ExpertInnen gelten, deswegen dürfen sie in der Runde sitzen. Die einzigen, die nicht dort sitzen, aber dennoch in der Talkshow live zu Wort kommen dürfen, sind die Betroffenen. Sie werden am Rande der bühnen nahen Zuschauerränge platziert und einmal pro Show lässt die Moderation die Betroffenen zu Wort kommen.

Die ZuschauerInnen lernen daraus: als betroffener Mensch kann man zwar seine Probleme schildern, die Probleme lösen, müssen aber andere. Betroffene sollen daher auf PolitikerInnen und ExpertInnen hoffen, die Lösungen für ihre Probleme suchen. Talkshows befördern dadurch eine Stellvertretermentalität gegenüber der Politik.

Das entscheidende Element einer jeden Inszenierung ist schließlich das Thema

oder auch Sujet, wie es in der Sprache des Theaters gerne heißt. Blickt man auf die letzten eineinhalb Jahre Talk-Theater, sind diese etwa so vielfältig wie die Musik Helene Fischers. Laut einer Erhebung des Bundestagsabgeordneten Marco Bülow, behandelte im Zeitraum zwischen Oktober 2015 bis März 2017 jede vierte Sendung speziell das Thema Migration und jede zweite Sendung den Themenkomplex aus Flüchtlingen, Islam, Terror, Populismus und Extremismus – vor allem also die Lieblingsthemen der Rechtspopulisten. Nur in sechs von 204 Fällen wurde über Armut und Ungleichheit diskutiert. Über die Themen NSU und Rassismus hingegen nur jeweils einmal und über Klimawandel gar nicht.

Verzahlt mit politischen Erregungszyklen

Die Themensetzung, der fast jeden Abend zu sehenden deutschen Polittalkshows, ist eng mit den politischen Erregungszyklen verzahnt. Was in der Politik auf der Agenda steht, weil es als relevant für Zeitgeist und Wahlen gilt, geben zu einem erheblichen Teil die abendlichen Talkrunden vor und für die deutschen Talkshows relevant ist, was Quote bringt, d.h. vor allem das Neue, Aufregende und Emotionale – oder halt irgendwas mit Islam und ImmigrantInnen.

Talkshows befördern die Kurzlebigkeit

der Politik. Sobald ein Thema seinen Neuigkeitswert verliert, können sich politische Akteure nicht länger in Talkshows damit profilieren. Wollen sie prominent bleiben, müssen sie nun zum nächsten politischen Erregungszyklus einen Beitrag leisten können. Um sich in ein Thema einzuarbeiten sind dabei die politisch-medialen Erregungszyklen zu kurz. Typische Talkshow-PolitikerInnen können daher keine echten ExpertInnen sein, sie müssen sich stattdessen nur als solche inszenieren.

Max Weber sagte einmal, Politik sei ein langsames Bohren dicker Bretter mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Talkshows inszenieren hingegen Politik als kurzlebigen Streit von Schein-ExpertInnen, bei denen die Betroffenen von der Diskussion ausgeschlossen werden. Sie befördern die Passivität der Menschen und sind eine Gefahr für die Demokratie. Talkshows bringen viel Irrtum, wenig Klarheit und keine Verständigung. Wir müssen sie abschaffen, um die politische Kultur zu retten. ★

Alexander Hummel hat vor einigen Jahren aufgehört Talkshows zu schauen und kann sich seitdem den Gang zum Neurologen sparen. Er plant eine Promotion über Manipulation von Öffentlichkeit und Medien.



ANZEIGE



Näher dran an Karl und Co.

Dass wir bis über beide Ohren in der Gegenwart stecken, heißt nicht, dass uns Visionen egal wären. Was **Karl Marx** und andere linke VordenkerInnen hier und heute an Relevanz haben, loten wir täglich mit kritischer Sympathie neu aus.

Wir sind dran – der Unterschied, den ihr lesen könnt.

Bestellen: www.dasnd.de/probe • Tel. (030) 29 78 18 00 • aboservice@nd-online.de

Das Angebot verlängert sich NICHT automatisch.

2

Wochen

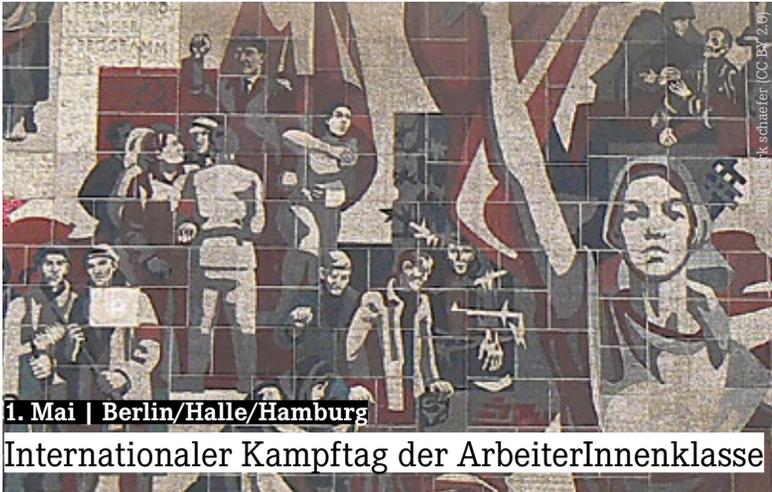
Probeabo

Print oder digital

neues deutschland **nd**

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Semestertermine



1. Mai | Berlin/Halle/Hamburg

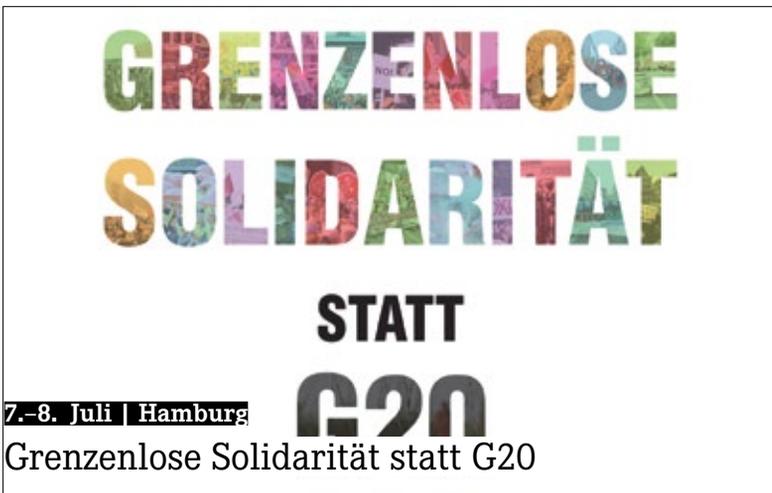
Internationaler Kampftag der ArbeiterInnenklasse

Am 1. Mai kann man dieses Jahr wieder viel erleben und dabei auch noch politisch etwas Gutes tun. Die Top-Demos verrät euch critica:

Berlin: Der Klassiker. Dieses Jahr findet zum 30. Mal die größte linksradikale 1. Mai Demo in Kreuzberg statt. Seid dabei, wenn Berlin mit großen Straßenfesten den Kampftag der ArbeiterInnenbewegung begeht.

Halle: Nazis blockieren! Die Faschos haben entdeckt, dass der Tag der Arbeit schneie ist und wollen unter dem Motto „Gemeinsam gegen Kapitalismus, Ausbeutung und Überfremdung“ marschieren. Echter Antikapitalismus ist immer auch Antifaschismus und Antirassismus!

Hamburg: Die traditionelle revolutionäre 1. Mai Demo wird dieses Mal als Startsignal für die G20 Proteste gesehen und steht daher unter dem Motto „G20 ENTERN!“



Am 7. und 8. Juli wollen die selbsternannten LenkerInnen der Welt, die Staats- und RegierungschefInnen der G20 Staaten, zu einem Treffen in Hamburg zusammen kommen. Wenn ihr schon immer mal Trump und Erdoğan einen gebührenden Empfang bereiten wolltet, ist das die perfekte Gelegenheit für einen City-Trip an die Alster.

Zeit sich in ein breites und plurales Bündnis aus 104 Organisationen einzureihen, dass die Politik der G20 zum Kotzen findet. Dabei sind unter anderem Gewerkschaftsjugend, Antifa-, friedens- und umweltpolitische Gruppen und natürlich wir als Die Linke.SDS. Das Bündnis plant am 5. und 6. Juli einen GIPFEL DER GLOBALEN SOLIDARITÄT, dort sollen Alternativen für eine weltweite Zusammenarbeit auf Augenhöhe diskutiert werden. Für den 07. Juli sind Aktionen zivilen Ungehorsams geplant, unter anderem eine Hafengebäudeblockade. Am 8. Juli werden zehntausende für eine bundesweite Großdemo in Hamburg zusammenkommen.

Auf nach Hamburg! Grenzenlose Solidarität statt G20!

Informationen findet ihr hier: www.g20-protest.de

DIE LINKE.SDS

WER WIR SIND UND
WAS WIR MACHEN

Die Linke.SDS – kurz für Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband – ist der einzige bundesweit aktive sozialistische Studierendenverband. Der SDS steht der Partei DIE LINKE nahe und setzt sich für eine kämpferische und sozialistische LINKE ein. Wir verstehen uns als Teil einer breiten linken Bewegung.

Die Linke.SDS streitet für bessere Studienbedingungen an den Hochschulen und sieht dies als Teil einer umfassenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung gegen den marktradikalen und antidemokratischen Umbau der Gesellschaft, gegen Sozialabbau, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung aller Art, gegen Krieg und Umwelterstörung.

In unserem Selbstverständnis heißt es: „Der Kapitalismus ist für uns nicht das Ende der Geschichte. Wir stehen ein für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und stellen ihr unsere handlungsbestimmende Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft entgegen.“

LOKAL VERANKERT...

SDS-Gruppen gibt es bundesweit an ca. 45 Hochschulen. In den Hochschulgruppen wird ein großer Teil der Arbeit gemacht. Ob Lesekreise zu sozialistischen Klassikern oder aktuellen Büchern wie „Rückkehr nach Reims“, Organisation von politischen Bildungsveranstaltungen, Arbeit in den Unigremien, Unterstützung von Geflüchteten oder Anti-Naziprotesten: die Bereiche und Aktionen der lokalen Gruppen sind vielfältig.

...UND BUNDESWEIT AKTIV.

Der SDS ist keine Ansammlung autonomer Kleingruppen, sondern ein bundesweiter Akteur. Durch unsere handlungsfähige Bundesstruktur können wir aktiv in das politische Geschehen eingreifen. Wir haben das Frauen*kampftag-Bündnis mit initiiert und auch bei Blockupy oder dem Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ eine wichtige Rolle gespielt.

Bundesweite Aktivität erschöpft sich bei uns aber nicht darin, ein paar Demos mitzugestalten. Auf unserer jährlichen Sommerakademie diskutieren wir gemeinsam und bilden uns weiter. Darüber hinaus hat der SDS mehrere Arbeitskreise, in denen wir uns vertieft mit einem bestimmten Thema auseinandersetzen. Ob zu Feminismus, Hochschulpolitik oder dem Kampf gegen die AfD: In vielen Bereichen diskutieren und entwickeln wir Alternativen. Das Produkt eines Arbeitskreises hältst du gerade in der Hand: die critica. Insgesamt gibt es derzeit fünf Bundesarbeitskreise (BAKs) im SDS:

- BAK FEMINISMUS
- BAK HOCHSCHULPOLITIK
- BAK POLITISCHE BILDUNG
- BAK EMANZIPATION
- CRITICA-REDAKTION

AKTIV WERDEN!

Aktiv werden! Die Welt verändert sich nicht von allein. Eine bessere Gesellschaft braucht Menschen, die sich mit Begeisterung dafür engagieren. Support your local SDS!

SO ERREICHST DU UNS:

WWW.LINKE-SDS.ORG

INFO@LINKE-SDS.ORG

030/24009134

Who's right?

Wer hat's gesagt?

Beim aktuellen Rechtsruck verliert man schon mal den Überblick. Wer hat eigentlich jetzt schon wieder gegen wen gehetzt? Kannst du den Überblick behalten? Teste dein Wissen im großen critica Rechte-Raten!



1 „Die deutsche Politik hat eine Eigenverantwortung, das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation sicherzustellen.“

- a) Erika Steinbach
- b) Josef Goebbels
- c) Frauke Petry
- d) Udo Pastörs

2 „Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“

- a) Udo Pastörs
- b) Bernd Höcke
- c) Rudolf Augstein
- d) Erika Steinbach

3 „Spätestens seit den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln kommen selbst grüne Professoren zu mir, die sagen: Ich habe zwei blonde Töchter, ich Sorge mich, wenn jetzt 60 arabische Männer in 200 Meter Entfernung wohnen.“

- a) Boris Palmer
- b) Alexander Gauland
- c) Frauke Petry
- d) Oskar Lafontaine

4 „Wir haben im Moment keinen Zustand von Recht und Ordnung. Es ist eine Herrschaft des Unrechts.“

- a) Beatrix von Storch
- b) Jean-Jacques Rousseau
- c) Lutz Bachmann
- d) Horst Seehofer

5 „Ein Staat, der seine Grenzen nicht schützen kann oder will, erklärt seine Kapitulation. Das Argument, dass wir zu lange Grenzen haben und die nicht sichern können, akzeptiere ich nicht.“

- a) Walter Ulbricht
- b) Horst Seehofer
- c) Beatrix von Storch
- d) Boris Palmer

6 „Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut. Aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben.“

- a) Frauke Petry
- b) Alexander Gauland
- c) Udo Voigt
- d) Philip Lahm

7 „Es gibt heute, was immer man auch behauptet, keine Franzosen, Deutsche, Spanier, ja selbst Engländer mehr; es gibt nur noch Europäer. Alle haben die gleichen Vorlieben, Leidenschaften, Sitten, weil kein Volk durch eine ihm eigentümliche Einrichtung eine nationale Gestalt bekommen hat.“

- a) Bernd Höcke
- b) Josef Goebbels
- c) Martin Schulz
- d) Jean-Jacques Rousseau

8 „Hier ist eine Bedrohung des europäischen Kontinents gegeben, die alle bisherigen Gefahren des Abendlands in den Schatten stellt.“

- a) Josef Goebbels
- b) Udo Pastörs
- c) Bernd Höcke
- d) Horst Seehofer

9 „Linksextreme Lumpen müssen und sollen von deutschen Hochschulen verbannt und statt eines Studienplatzes lieber praktischer Arbeit zugeführt werden. Nehmen Sie die linksextreme Bedrohung ernst und beteiligen Sie sich an allen möglichen Maßnahmen, um diese Wucherung am deutschen Volkskörper endgültig loszuwerden.“

- a) Erika Steinbach
- b) Baldur von Schirach
- c) André Poggenburg
- d) Holger Apfel

10 „Der Syrer, der zu uns kommt, der hat noch sein Syrien. Der Afghane, der zu uns kommt, der hat noch sein Afghanistan. Und der Senegalese, der zu uns kommt, der hat noch seinen Senegal. Wenn wir unser Deutschland verloren haben, haben wir keine Heimat mehr!“

- a) Bernd Höcke
- b) Horst Seehofer
- c) Boris Palmer
- d) Beatrix von Storch

11 „Diejenigen, die gestern gegen Kernenergie, heute gegen Stuttgart 21 demonstrieren, agitieren, die müssen sich dann auch nicht wundern, wenn sie übermorgen irgendwann ein Minarett im Garten stehen haben.“

- a) Winfried Kretschmann
- b) Alexander Dobrindt
- c) Frauke Petry
- d) Albert Einstein

Auswertung:

8-11
Richtige

Antifa Recherche-Team

Du kennst dich richtig gut aus mit den rechten Stars und Sternchen und scheinst dich immer auf dem Laufenden zu halten. Du kennst alle Facetten des rechten Denkens von organisierten Nazis bis zu grünen Provinzbürgermeistern. Wenn du jetzt noch aktiv gegen den Rechtsruck bist, dann macht dir so schnell kein Mensch etwas vor und du kannst deinen Kindern später stolz erzählen, dass du damals ein neues '33 verhindert hast.

4-7
Richtige

Heute-Show-KonsumentIn

Dir ist die Gefahr von Rechts klar und du kennst die aktuellen Zitate, über die sich Jan Böhmermann und Olli Welke jede Woche lustig machen. Das ist eine solide Grundlage, aber da ist noch Luft nach oben. Vielleicht musst du noch ein besseres Bewusstsein dafür bekommen, dass rassistisches Denken nicht nur in NPD, AfD und CSU verbreitet ist, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft oft genug vorkommt.

0-3
Richtige

Verfassungsschutz

Du bist auf dem rechten Auge blind und hältst diese Zitate wohl für harmlose Sprüche, die man halt schon mal sagen darf!!! 1 elf Außerdem sind diese bösen Linken sowieso viel schlimmer, die blockieren einfach ordentlich angemeldete Nazidemos...! Du solltest dringend dein Wissen aufbessern – andere Menschen abzuwerten oder die Shoa zu relativieren ist nicht harmlos, sondern schafft ein Klima, in dem Menschen gejagt und ermordet werden.

Lösung: (b) (e) (c) (a) (d) (b) (d) (b) (e) (c) (a) (d)